Gesundheitskosten in alternder Gesellschaft

VON BJÖRN UND SÖREN CHRISTENSEN

ktuell wird in der politischen Diskussion viel über die zukünftigen Herausforderungen der Finanzierung des Renten- und Pflegesystems vor dem Hintergrund des demografischen Wandels diskutiert. Im Gegensatz dazu ist es relativ ruhig rund um das Thema der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Und so kann man sich die Frage stellen, ob nicht auch dieser Pfeiler des Sozialsystems von der zunehmenden Alterung der Gesellschaft betroffen sein müsste. Tatsächlich müssen hierbei viele Aspekte beachtet werden, sodass entsprechende Berechnungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels nicht ganz einfach sind.

Zum einen gilt es die Einnahmenseite zu betrachten. Die Einzahlungen in die GKV sind stark vom Alter abhängig. Ab einem Alter von Mitte 20 werden je Mann im Schnitt grob 4000 Euro jährlich (inklusive Arbeitgeberbeiträgen) eingezahlt. Dieser Betrag steigt bis zu einem Alter von etwa 60 Jahren grob auf 5000 Euro an, um dann mit dem Eintritt in das Rentenalter auf gut 2000 Euro abzusinken. Bei Frauen sind die jeweiligen Beträge etwas geringer. Wenn in den kommenden Jahren also zunehmend die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen, wird die GKV einen deutlichen Einnahmerückgang zu verkraften haben.

Zum anderen sind die Leistungsausgaben der GKV sehr stark vom Alter abhängig. Während für einen 30-jährigen Mann grob 1000 Euro im Jahr anfallen, sind dies für einen 60-Jährigen bereits 3000 Euro und für einen 80-Jährigen gut 7000 Euro pro Jahr. Für Frauen sind die Kosten in jungen Jahren etwas höher, dafür im Alter etwas niedriger. Dies bedeutet, dass die GKV einen sehr starken Anstieg der Kosten wird verkraften müssen, wenn die Gesellschaft zunehmend altert. Geringfügig wird dieser Effekt dadurch abgemildert, dass im Rentenalter keine Kosten für Krankengeld mehr anfallen und die kostenlose Mitversicherung von Kindern in Summe leicht abnehmen wird.

ERSCHWEREND KOMMT ALLERDINGS HINZU, dass die Gesundheitskosten - bedingt durch den medizinischtechnischen Fortschritt – in den vergangenen Jahren überproportional gegenüber der allgemeinen Preisentwicklung gestiegen sind. Wird unterstellt, dass dies auch in den kommenden Jahren so bleiben wird, ergeben sich bis 2030 deutliche Finanzierungslücken im GKV-System, die rein rechnerisch zu einem Beitragssatz von etwa 22 Prozent im Jahr 2030 und knapp 24 Prozent im Jahr 2035 führen müssten gegenüber heute grob 15,6 Prozent inklusive Zusatzbeitrag. Was dies konkret bedeuten würde, lässt sich daran bemessen, dass pro Monat und Versichertem – egal ob Arbeitnehmer oder Rentner – bereits im Jahr 2030 zusätzlich gut 100 Euro und im Jahr 2035 knapp 150 Euro zusätzlich aufgebracht werden müssten. Wir werden also gar nicht umhinkommen, gesellschaftlich und politisch auch Reformen der GKV zu diskutieren, um das Gesundheitswesen zukunftssicher zu gestalten.